



Fotos: Nimmervoll, Archiv

## Kandidat mit Potenzial

**Reportage** Mit der Verhaftung des Kriegsverbrechers Ratko Mladic hat Serbien das Tor zum Status eines EU-Beitrittskandidaten geöffnet. Ein Hemmschuh könnte aber die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft sein. Ein BLICK INS LAND-Lokalausganschein.

Von **Stefan Nimmervoll**

Schwer tragen Serbiens Bauern bis heute an der Last, die ihnen Jahrzehnte des Kommunismus, der Zerfall Jugoslawiens und das Handelsembargo sowie das Bombardement durch die NATO aufgebürdet haben. Vor allem die unzähligen Kleinbauern halten sich mehr schlecht als recht auf ihren meist weniger als drei Hektar großen Höfen mit hoffnungslos veralteter Technik, nur wenigen Stück Vieh und oft ohne Möglichkeit, ihre Produkte zu vermarkten, über Wasser.

Das soll nun schrittweise anders werden, denn die Republik galt einst als der Brotkorb des Balkans und hat das Potenzial, aus ihren fruchtbaren Böden Profit zu schlagen. „Unsere größte Herausforderung ist es, die Produktivität unserer Landwirtschaft zu steigern“, gibt Serbiens Handels- und Landwirtschaftsminister Dusan Petrovic im Gespräch mit BLICK INS LAND unumwunden zu. „Das Agrarbusiness ist Serbiens Chance auf den Weltmärkten“, malt sich der Minister eine bessere Zukunft aus.

Aktuell macht die agrarische Produktion 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes BIP aus. Vor allem Zucker, Mais, Weizen, Sonnenblumen und Soja gehen in den Export – meist jedoch nur als billiger Rohstoff in unveredelter Form. Eine interessante Nische stellt dagegen die Produktion von Obst und Gemüse dar. So ist Serbien der weltweit wichtigste Exporteur von Himbeeren. Um damit erfolgreich zu sein, wird aber

in allen Sparten die Effizienz erhöht werden müssen: Der Weizen-ertrag liegt trotz bester Klima- und Bodenverhältnisse bei gerade mal der Hälfte des österreichischen Durchschnitts. Und auch eine typische Kuh gibt in Serbien bloß 2.600 Kilo Milch pro Jahr.

Das Land hat einige Hausaufgaben zu bewältigen: Bislang war der Staat kaum in der Lage, flächendeckende Förderungen für seine Bauern anzubieten. Nur 40 Prozent der Flächen des Landes sind somit von Unterstützungsprogrammen erfasst. Geschweige denn war es bisher möglich, effiziente Vorschriften durchzusetzen oder adäquate Bildungsprogramme auch für die ländliche Bevölkerung anzubieten. „Wenn die Förderungen einmal ankommen und dann wieder nicht, kann niemand damit planen“, klagen die Landwirte. Das Vertrauen der Bauern in die Fähigkeit der Belgrader Regierung, sie zu unterstützen, ist dementsprechend gering. Minister Dusan Petrovic möchte jedoch das Gegenteil beweisen. Die Vergabe der Fördermittel soll effizienter gestaltet werden – noch heuer will er diese von einer Art Direktzahlung auf die Gewährung von günstigen Krediten mit zwei statt der ansonsten üblichen zwölf Prozent Zinsen umstellen, um die Situation der zwei Millionen Menschen in der Landwirtschaft zu verbessern. Auch im Bereich einer nachhaltigen Produktion formuliert sein Ministerium – auch im Hinblick auf die Anforderungen der EU – gerade neue Programme. Der bisher noch kaum vorhandene Biolandbau soll ebenfalls forciert werden. Großen Wert

legt Belgrad auch auf die Beibehaltung des Verbots gentechnisch veränderter Pflanzen, um mit seiner gentechnikfreien Produktion künftig auch im Export punkten zu können. Zudem soll die oft ineffiziente Struktur der Verwaltung reformiert werden.

Eine Rundfahrt durch die ländlichen Gebiete Serbiens in den Ebenen der Vojvodina, der Kornkammer Serbiens im Norden des Landes, zeigte es deutlich: Hier herrschen optimale Bedingungen für den Ackerbau vor. Durchschnittlich 600 Millimeter Niederschlag pro Jahr und fruchtbare Böden erlauben den Anbau unterschiedlichster Ackerfrüchte. Da man im Jugoslawien unter Titos einst auf einen dritten Weg zwischen dem Sowjet-Kommunismus und dem westlichen Kapitalismus samt Marktwirtschaft gesetzt und daher die Bauern nicht großflächig enteignet hatte, sind in Serbien heute 87 Prozent der Agrarfläche in privatem Besitz. Die Anzahl an finanzkräftigen ausländischen Investoren, welche große Flächen zusammenkaufen und deren Bewirtschaftung neuerdings am Computer planen, ist ebenfalls geringer als etwa im Nachbarland Rumänien. Dies löst in der Vojvodina sowohl negative als auch positive Resonanz aus: Zum einen wechselt die Professionalität der Bewirtschaftung je nach Bildungsgrad und Motivation des Besitzers zwischen Feldern mit westeuropäischem Standard und stark verunkrauteten und ungleich aufgegangenen Schlägen. Andererseits sind die Dörfer uneingeschränkt von der agrarischen Lebensweise geprägt: Vor so gut wie jedem Haus

stehen die hier so gängigen IMT-, Rakovica- oder Belarus-Traktoren, fast alle mit vielen Jahren auf dem Buckel; in den Höfen tummeln sich Hühner und Schweine für den Eigenbedarf.

Bei aller Hoffnung angesichts eines möglichen EU-Beitritts macht sich in den Dörfern aber auch Sorge vor einem rasanten Strukturwandel breit. So spricht etwa Tibor Ujvari, der Direktor des Hefewerkes in Senta – eines Joint Ventures des internationalen Konzerns Alltech – offen von der „Angst vor der Zerstörung der ländlichen Gesellschaft, wie sie in den Nachbarländern passiert ist“. Wie Landwirtschaft in der Vojvodina unter optimalen Bedingungen funktionieren könnte, beweist mit viel Geld die Firma „Delta Agrar“ des ebenso umtriebigen wie mächtigen und schillernden Unternehmers Miroslav Miskovic, der durch seine Freundschaft zum frühen Machthaber Slobodan Milosevic in den Kriegstagen der 1990er Jahre zu sagenhaftem Reichtum kam. Sein Agrarkonzern mit großen Flächen ist auch im Landmaschinenhandel und im Agrexport nach Russland tätig. Es heißt, der Oligarch will den Gewinn aus dem kürzlich erfolgten Verkauf seiner Supermarktkette in den weiteren Ausbau seines Agrarimperiums stecken.

Derweil kämpft der Süden des Landes um sein wirtschaftliches Überleben. Aus der Grünland-Region Valjevo flüchten die Jungen in Scharen, da es außer auf den kleinen Höfen kaum Arbeit gibt. Manche Ortschaften sind längst „Geisterdörfer“, hunderte Höfe wurden aufgelassen. Immer mehr

# Feinstes Mehl für Oma Nagyi

**Mehl & Co** Der zur Raiffeisen-Gruppe gehörende Mühlenkonzern Leipnik-Lundenburger, LLI, hat rund 15,5 Millionen Euro in eine neue Mühle in Tiszapalkonya nahe Debrecen in Ostungarn investiert.

Weideflächen verwalten mangels Bewirtschaftung, womit auch das touristische Potenzial der reizvollen Landschaft verloren gehen dürfte. Da der Arm der Regierung nicht bis in alle Täler reicht, hat die Lokalverwaltung zur Selbsthilfe gegriffen: Sie stellt jenen Bauern, die ihre Betriebe erweitern und am Hof bleiben wollen, Kühe und Schafe zur Verfügung. Jungbauern erhalten 30 Lämmer als Naturalkredit. Nach drei Jahren muss er 39 Lämmer in das Programm zurückliefern, die an die nächsten vergeben werden. „Wer gut wirtschaftet, kann in dieser Zeit bis zu 120 Lämmer aufziehen und damit die Basis für seine bessere Zukunft legen“, wirbt die Lokalregierung.

Der Niedergang der Viehwirtschaft macht sich mittlerweile auch in der Millionenstadt Belgrad bemerkbar. 2010 ging die Milchproduktion um 30 Prozent zurück, viele Menschen standen wie zu Zeiten der UN-Sanktionen vor leeren Kühlregalen. Die Molkereien und der Staat schieben sich gegenseitig die Schuld an der Misere zu. Die Verarbeiter würden die Bauern in den Ruin treiben, behaupten die einen, die anderen beklagen fehlende Subventionen für die um ihr Überleben kämpfenden Viehhalter.

Ein Lösungsansatz für die Milchkrise könnte aus Österreich kommen. So exportiert die Rinderzucht Austria Pinzgauer-Kälber auf den Balkan, um die Produktivität zu steigern. Die robusten Rinder aus den Alpen passen bestens auf die Weiden der kleinen Höfe Serbiens. Auch in anderen Bereichen läuft die Zusammenarbeit rund. Seit zehn Jahren ist etwa der Austrian Agricultural Cluster, AAC, vor Ort tätig, um Technik von 15 heimischen Herstellern wie Steyr, Pöttinger oder Schauer sowie Vieh von mehreren Tierzuchtverbänden abzusetzen. Seit 2007 gibt es zudem etwa ein staatliches Kooperationsabkommen für den Austausch wissenschaftlicher Daten und Bildungsarbeit. „Unsere gemeinsame Geschichte verpflichtet uns, verstärkt zusammenzuarbeiten. Serbiens Bewerbung als EU-Beitrittskandidat findet in uns einen starken Unterstützer“, meinte Edith Klausner, Sektionschefin im Wiener Landwirtschaftsministerium, am Rande der Agrarmesse in Novi Sad. Dort wird Österreich 2012 auch wichtigstes Gastland sein. ♦

Stefan Nimmervoll ist Redakteur von BLICK INS LAND.

Die neue Mühle mit 50 Mitarbeitern am nördlichen Rand der Puszta mit ihren weiten Getreidefeldern ist mit zwölf großen Getreidesilos sowie neuester Vermahlungstechnik eines Schweizer Herstellers „die modernste in Ungarn“, betonte LLI-Vorstand Kurt Miesenböck bei der offiziellen Eröffnung des neuen Betriebsstandortes. Für knapp zehn Prozent der Investitionssumme, umgerechnet rund 1,4 Millionen Euro, gab es für die LLI-Tochter Pannonmill, die bereits zwei Mühlen in Csorna und Komorn nahe der Donau in Westungarn betreibt, auch Fördergelder aus EU-Mitteln.

Gut 300 Tonnen Weizenmehl werden seit Jänner in Tiszapalkonya täglich vermahlen. Das Getreide stammt gemäß Firmenphilosophie von Landwirten aus der Region. Vorerst sei eine Jahresproduktion von 70.000 Tonnen Mehl geplant, Erweiterungsmöglichkeiten für die mitten auf die grüne Wiese gesetzte Mühle sind vorhanden. Am ungarischen Mehlmarkt hält Pannonmill rund 20 Prozent, langfristiges Ziel seien 30 Prozent, so LLI-Finanzchef Christian Teufel. Wichtigster Mitbewerber am ungarischen Markt sei die Cargill-Gruppe mit zehn Prozent Mehlmarktanteil. Abnehmer der Pannonmill-Mehle seien derzeit vor allem Bäckereien, eine Füllanlage für Kleinpackungen für Verbrauchergroßen wurde bereits geordert. In Ungarn operiert Pannonmill mit einer an die erfolgreiche Mehlmarke „Fini's Feinstes“ angelehnte Markenstrategie „Nagyi titka“: Während in Österreich „Tante Fini“ als Synonym für die Mehlspeisköchin erhalten muss, ist es in Ungarn „Oma Nagyi“.

Über die seit September 2004 mehrheitlich ebenfalls zur LLI gehörende deutsche VK Mühlen AG betreiben die Österreicher zudem eine vierte Mühle in Baja in Südungarn. Indes belasten den mittel- und osteuropäischen LLI-Euro-mills-Mühlriesen mit Werken in sieben Ländern von der Nordsee bis ans Schwarze Meer derzeit die hohen Getreidepreise, aber auch das Überangebot an Kapazitäten am Europäischen Mühlenmarkt.



Miesenböck: „Nicht überall war es zuletzt möglich, die Preissteigerungen bei Weizen an die Kunden weiterzugeben.“ Der Umsatz des mit 31 Standorten größten Mühlenkonzerns in Europa sank somit im Geschäftsjahr 2009/10 im Vergleich zum Vorjahr um 10,1 Prozent auf 882 Millionen Euro. Zudem belasten Rückstellungen für Kartellverfahren in Deutschland und Ungarn die Bilanz.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) betrug somit nur 27 Millionen Euro, nach 72 Millionen Euro noch 2009/10. Das LLI-Geschäftsjahr 2010/11 werde wieder deutlich besser ausfallen, heißt es: Für das 1. Halbjahr 2010/11 wird bereits ein Umsatz von 570 Millionen Euro und ein EGT von 17 Millionen Euro gemeldet. Als größte Herausforderung für das Unternehmen bezeichneten die LLI-Manager die „Volatilität der Getreidepreise“. Die Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG gehört der Raiffeisen Holding NÖ-Wien.

Das Unternehmen befasst sich neben dem Kerngeschäft Müllerei, zusammengefasst in der LLI Euro-mills GmbH, auch mit dem Betreiben von immerhin 50.000 Heißgetränkautomaten von Wien bis Moskau und setzte mit Kaffee & Co. zuletzt 126 Millionen Euro um. Zudem hält LLI Beteiligungen an der Agrana, an Südzucker, am Agrarhandelsriesen BayWa und an den Casinos Austria – „allesamt profitabel“, so Teufel. Für das laufende Jahr plant die LLI Investitionen von rund 30 Millionen Euro.

Allfällige Börsepläne für die LLI sowie die ebenfalls zur Raiffeisen Holding gehörende zweitgrößte Molkerei Österreichs, die NÖM AG, bleiben derweil vorerst weiterhin in der Schublade von Holding Chef Erwin Hameseder. Der hatte erst kürzlich betont, die für 2010/11 geplante Rückkehr der zwei Agrartöchter an die Wiener Börse werde – wohl auch wegen der Finanzkrise – neuerlich um zwei bis drei Jahre verschoben.

Bedeckt hielt sich der LLI-Vorstand zum seit Wochen kolportierten Wechsel des ehemaligen ÖVP-Vizekanzlers und früheren Agrarminister Josef Pröll in den Raiffeisen-Konzern. „Bitte wenden Sie sich mit dieser Fragen an den Eigentümer“, sagte Teufel. Das ist nun nicht mehr notwendig: Am 1. Juni wurde Prölls Einstieg als neue Vorstandssprecher bei der LLI per 1. Juli offiziell bekannt gegeben. ♦

BERNHARD WEBER

